

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 45

Vorwort: Mauer für Finnland ; Gesuch erzwungen

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Die Moldau (4 und 5)

Sowjetische Mädchenwünsche (7)

Aus K's Spruchsammlung (8)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit

Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger

Verwaltung: Oswald Schürch

Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern

Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.—

50 Rp.

2. Jahrgang, Nr. 45

Bern, 15. November 1961

Erscheint wöchentlich

Unsere Meinung

Mauer für Finnland

Gemäss dem alten Spruch «wer nicht gegen uns ist, ist für uns», hat die Sowjetunion ihre gewaltige Vormachtstellung aufgebaut. Sobald diese gefestigt ist und die zureichende Grundlage für die Weltherrschaft darstellt, wird dieser Spruch umgekehrt: «wer nicht für uns ist, ist gegen uns».

Vorläufig sind wir aber noch nicht so weit, weshalb denn die Sowjetunion der Neutralität grosses Verständnis entgegenzubringen vorgibt.

Neutralität ist aber nicht Gesinnungsneutralität. Deshalb dürfen wir Schweizer ja auch jene Meinung frei vertreten, die wir uns selber bilden. Das halten auch die Österreicher und Finnen so. Und das wiederum passt der Sowjetunion genau so wenig wie die freie Meinungsbildung in der Schweiz.

Al Chruschtschew anfangs Juli 1960 in Österreich weilte, sprach er des langen und breiten von der Gefahr, welche diesem Land insbesondere von Westdeutschland drohe. Er spielte auf den Anschluss von 1938 an, um seinen Worten mehr Wirkung zu verleihen. Und diese angebliche Gefahr setzte er in Zusammenhang mit der österreichischen Neutralität, die nicht der Pflicht enthebe, dem Grossdeutschen Rechanchismus mit Wachsamkeit zu begegnen. Das Fehlen einer solchen Wachsamkeit stelle deshalb eine Neutralitätsverletzung dar. Diesem Ansinnen trat die Wiener «Arbeiterzeitung» damals mit der Feststellung entgegen: «Österreich ist allein in der Lage, zu beurteilen, ob seine Neutralität verletzt wurde oder nicht. Als souveräner und freier Staat kann es seine Neutralität ohne ausländische Ratschläge von sich aus interpretieren».

Die sowjetische Note an Finnland, das angeblich ebenfalls durch die Bundesrepublik bedroht sei, spricht die gleiche Sprache, aber in härteren Worten. Die von der Sowjetunion aufgestellte Behauptung ist völlig absurd. Das sieht wohl die Mehrheit ein. Die Behauptung ist deshalb leider nicht weniger wirkungslos. Denn die sowjetische Note stellt einen Angriff dar, gegen den Konzessionen eingehandelt werden sollen.

Die Behauptung, Finnland sei von Westdeutschland bedroht, soll dieses Land, das früher bereits von der Sowjetunion überfallen worden war, von der freien Welt isolieren. Die Finnen sollen davor gewarnt werden, ihrer Freiheitsliebe einen allzu deutlichen Ausdruck zu verleihen. Den Finnen soll der Maulkorb umgehängt werden. Die Sowjetunion will also die finnische Neutralität in eine Gesinnungsneutralität umwandeln. Je mehr Fortschritte die Sowjetunion in dieser Richtung macht, desto grössere Aussichten bestehen, diese Gesinnungsneutralität auch in der Schweiz durchzusetzen.

Die Finnen, die mutvoll und heldhaft ihre Freiheit verteidigt haben, kämpfen heute auch für uns. Indem wir unser Recht auf freie Meinungsausserung hochhalten, verteidigen wir auch Finnland.

Unser Kommentar

Gesuch erzwungen

Nach Amsterdam im Jahre 1948 und Evanston (USA) im Jahre 1954 beherbergt nun Neu-Delhi in Indien die dritte Weltkirchenkonferenz des Oekumenischen Rates der Kirchen, dem 175 Mitgliedskirchen aus über 50 Ländern der Erde angehören. Diese dritte Konferenz steht unter dem Thema «Jesus Christus, das Licht der Welt». Es kommt dieser Konferenz insfern eine grosse politische Bedeutung zu, als sie bereits am Tage nach der Eröffnung, am 20. November, über das Beitrittsgesuch der Russischen Orthodoxen Kirche abzustimmen hat.

Dieses Beitrittsgesuch wirft sehr heikle Probleme auf, da die Russische Orthodoxe Kirche in der Sowjetunion nicht die ihr als Kirche zukommende Freiheit geniesst.

Sie ist in ihrem Auftrag und in ihrer Aufgabe behindert durch die Partei, welche in ihrer offiziellen Lehre die Existenz Gottes verneint, den Atheismus fördert und Religion wie Kirche bekämpft. Es muss allerdings der Russischen Orthodoxen Kirche das Zeugnis ausgestellt werden, dass sie unter den widrigen politischen Bedingungen einen opfervollen Kampf für ihre Anliegen führt. Der Versuch, durch kommunistische Priester diese Kirche von innen her auszuhöhlen, ist nach der Oktober-Revolution misslungen.

Durch kluges Lavieren wusste diese Kirche dem kommunistischen Diktator jene Konzessionen abzuringen, denen sie ihre Existenz verdankt. Damit aber stellt sie zumindest in geistiger Hinsicht den totalen Herrschaftsanspruch des kommunistischen Staates dauernd in Frage. Die blosse Existenz dieser für das Wort Got-

tes so einsatzfreudigen Kirche stellt einen Lichtblick im dunklen Bild des Bolschewismus dar.

Die antikirchlichen Massnahmen der letzten Monate — Schliessung von über 500 Kirchen, mindestens zwei Priesterseminare und einiger Klöster — zeigt den harren Kampf dieser Kirche auf. Deren Lage wird durch die kommunistische Personalpolitik noch verschlechtert. Standfeste Gottesleute sind unter dem Druck des Regimes entfernt worden. Gleichzeitig wird die Einschleusung kommunistischer Gewährsleute besonders unter den jungen Mönchen verstärkt und gefördert.

Wie kommt es, dass dieser bedrängten Kirche nun erlaubt wird, den Beitritt zum Oekumenischen Rat der Kirchen zu beantragen? Der Grund liegt auf der Hand.

Im Oekumenischen Rat sind zunächst die zahlreichen jungen Kirchen Afrikas und Asiens vertreten. Dadurch hofft die Sowjetunion, einen politischen Einfluss über diese Kirchen zu erlangen. Bedeutend wichtiger ist jedoch die Kontrolle, die so über die dem Moskauer Patriarchat nicht unterstellten orthodoxen Kirchen in der übrigen Welt ausgeübt werden kann. Viele Exilrussen kommen in den Sog der kommunistischen Propaganda, sobald ihre Kirche sich dem Moskauer Patriarchat anschliesst. Das Beispiel des Metropoliten von Beirut, Ilja Solibi, zeigt dies eindeutig. Die 1944 zugelassene orthodoxe Kirche der Exilrussen von Beirut wurde 1960 geschlossen, als Solibi sich dem Moskauer Patriarchat unterstellte. Der autokephale Patriarch Feodosij von Damaskus weiss um diese Gefahr und befindet sich selber in grosser Bedrängnis. Sowjetische Subventionen sichern nämlich jenen Kirchen, die sich Moskau unterstellen, grössere Möglichkeiten, wie z.B. Bau neuer Gotteshäuser, um die Gläubigkeit der Exilrussen für Propaganda zu missbrauchen.

Aus ihrer inneren Situation ist die Russische Orthodoxe Kirche der Sowjetunion gezwungen, um die Mitgliedschaft im Oekumenischen Rat der Kirchen nachzusuchen. Sie kann nicht verhindern, dass diese Mitgliedschaft sodann von den Kommunisten für ihre Zwecke missbraucht werden wird. Daher ist wohl bei aller Anerkennung für die Träger der Kirche in der Sowjetunion von einer solchen Mitgliedschaft besser abzusehen. Langfristig liegt dies auch im Interesse dieser Kirche, wenn sie erst im ökumenischen Parlament eingesetzt darf, sobald sie die ihr selbst nötigen Freiheiten erhält.

Paul Sager.

Die Partei braucht ideologische Mittel, um die Bevölkerung im Geiste einer wissenschaftlichen, materialistischen Betrachtungsweise zu erziehen und um die religiösen Vorurteile zu überwinden, ohne dabei aber die Gefühle der Gläubigen zu verleiten.

Neues Parteiprogramm der KPdSU.